



## EDITORIAL

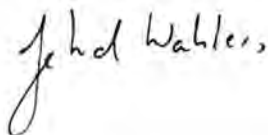
Liebe Leserinnen und Leser,

als der libysche Diktator Muammar Gaddafi am 20. Oktober ums Leben kam, starb auch einer der größten „Feinde der Pressefreiheit“. Die Organisation Reporter ohne Grenzen führte ihn seit Jahren in einer Liste dieses Namens. In ihr finden sich zahlreiche weitere Machthaber, die jede Form von Meinungs- und Pressefreiheit in ihrem Land unterdrücken und zum Teil gewaltsam gegen Journalisten vorgehen. Simbabwe Präsident Robert Mugabe ist ebenso vertreten wie Kubas Raúl Castro und Ali Abdallah Saleh, der Präsident des Jemens. Der „Arabische Frühling“ bringt nun Bewegung in die Liste der „Feinde der Pressefreiheit“. Es ist gut möglich, dass Präsident Saleh bald ebenso von ihr gestrichen wird wie dies bei Gaddafi der Fall sein wird. Ob die Liste allerdings wesentlich kürzer wird oder ob sich lediglich neue Namen dort wiederfinden werden, das ist noch nicht gesagt.

Auch nach den Umstürzen in der Arabischen Welt, die zu Recht als machtvolleres Streben nach Freiheit gedeutet werden, kann die Pressefreiheit in der Region noch keinesfalls als gesichert gelten. In Ägypten, das noch in diesem Monat erstmals freie Wahlen erleben wird, befürchten Menschenrechtsexperten bereits einen Rückfall in die Zeit des abgesetzten Präsidenten Hosni Mubarak. Der Oberste Militärrat, der derzeit faktisch das Land regiert, hat nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte bereits damit begonnen, Zeitungen zu zensurieren und kritische Journalisten einzusperren. Den koptischen Blogger Michael Nabil Sanad, der im April wegen „Beleidigung des Militärs“ zu drei Jahren Haft verurteilt wurde, hat das Militär Ende Oktober in eine Psychiatrie eingeliefert. Als „geisteskrank“ wertete Ägyptens interimistische Führung offenbar Sanads Hungerstreik, mit dem er gegen seine Haft demonstriert hatte. Ein weiterer ägyptischer Blogger, Alaa Abdel Fattah, wurde am 30. Oktober verhaftet, da er bei einer Demonstration koptischer Christen zu Gewalt aufgerufen haben soll.

Der Sturz arabischer Diktatoren hat auch in anderen Ländern der Region noch nicht zu einer dauerhaften Garantie der Pressefreiheit geführt, mahnte kürzlich der in Wien ansässige Weltzeitungsverband. Die Regierungen in Tunesien, Ägypten und Libyen hätten zwar Zugeständnisse an die Reformbewegung gemacht, die Lage der Journalisten aber habe sich seither nicht deutlich verbessert. Dennoch, es gibt auch positive Entwicklungen. Die Vergabe des Friedensnobelpreises an die jemenitische Bloggerin und Menschenrechtsaktivistin Tawakkul Karman, Mitbegründerin der Journalistinnen ohne Ketten, setzte kürzlich ein positives Zeichen.

Auf ihrem Weg in die Demokratie brauchen die arabischen Staaten freie und verantwortliche Medien. Ohne sie gibt es keine Demokratie. Journalisten müssen ungehindert ihrer Arbeit nachgehen, über Missstände informieren, auf der Grundlage eines freien Zugangs zu sämtlichen relevanten Informationen über komplexe Sachverhalte berichten und die Regierungen an ihren Taten messen können. Wissend um den Zusammenhang von Pressefreiheit und demokratischer Entwicklung betreibt die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Beginn der siebziger Jahre weltweit Programme zur Medienförderung. Erfolgreich führt die Stiftung seit einigen Jahren auch Deutsch-Arabische Journalisten-Akademien durch. Hier kommen Stipendiaten der Journalistischen Nachwuchsförderung (JONA) mit jungen arabischen Kollegen zusammen und erstellen gemeinsam Internetseiten und gedruckte Magazine. Im Oktober erschien in diesem Zusammenhang eine Zeitschrift aus Kairo – „Tahrir“ heißt sie, nach dem Platz in der ägyptischen Hauptstadt, der zum Symbol für das arabische Streben nach Freiheit wurde.



Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de